

Die ersten Monate der nationalsozialistischen Machtübernahme in Altensteig und die Absetzung von Bürgermeister Pfizenmaier

In den Wochen nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler Anfang 1933 überschlugen sich die politischen Ereignisse. Schon am Abend des 30. Januar 1933 veranstaltete die Nagolder NSDAP eine Siegesfeier, in der der Führer der Nagolder NSDAP-Ortsgruppe, Dr. Eugen Stähle, eine Rede hielt, die geprägt war vom „Ausdruck der Siegeszuversicht und Siegeswillen“ und „eine scharfe Kampfansage an den Gegner“ darstellte.¹ Die Konsequenzen spürten sehr schnell die politischen Gegner, aber auch kommunale Beamte, die sich an Recht und Gesetz hielten und nicht den Anweisungen der NSDAP folgten. In einem ersten Schritt beschreiben wir die politische Entwicklung und die Auswirkungen auf die NS-Gegner. Dann zeigen wir auf, was mit politischen Gegnern aus Altensteig und Umgebung geschah. In einem dritten Schritt untersuchen wir, wie in den beiden Tageszeitungen „Der Gesellschafter“ (Nagold) und Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ (Altensteig) über die Ausgrenzung politischer Gegner und die Zerstörung der rechtsstaatlichen Kultur berichtet wurde. Schließlich beschreiben wir die Absetzung des Altensteiger Bürgermeisters Wilhelm Pfizenmaier.

Nach der Auflösung des Reichstags wurden Neuwahlen auf den 5. März 1933 festgelegt. In

der Nacht vom 27. auf den 28. Februar wurde der Reichstag durch Brandstiftung zerstört. Tags darauf, am 28. Februar 1933, trat die Reichstagsbrandverordnung in Kraft, die sämtliche Freiheitsrechte aufhob. In nur wenigen Tagen verhaftete die Politische Polizei ca. 10.000 Mitglieder der Kommunistischen Partei. In den kommenden zwölf Jahren wurden die Kommunisten immer stärker verfolgt. Die Politische Polizei suchte nicht nur aktiv nach Kommunisten, sondern zerschlug die sozialen Milieus und verbot dabei auch kulturelle Vereine.

Ausgrenzung von politischen Gegnern

Am Tag nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 wurden alle Aktivitäten der KPD und ihrer Unterorganisationen für illegal erklärt. In der Nacht zum 11. März 1933 setzte die erste landesweite Verhaftungswelle in Württemberg ein. 500 Kommunisten, Männer wie Frauen, wurden in Schutzhaft genommen und in die örtlichen Gefängnisse eingeliefert. 200 davon waren aus Stuttgart.² Bis Herbst 1933 hatte die Politische Polizei die Rolle einer Steuerungsinstanz. Sie verwaltete und organisierte die Massenverhaftungen, aber sie selbst kam dabei kaum aktiv zum Einsatz. Ausgeführt wurde diese

Aktion meist von der örtlichen Polizei sowie aus SS und SA gebildeten Einheiten der Hilfspolizei. Sie durchsuchten sämtliche Wohnungen und verhafteten „Rädelsführer“, die gleich in die Konzentrationslager eingewiesen wurden. Nachdem die „Machteroberung“ abgeschlossen war, ging die Geheime Staatspolizei (Gestapo) zur systematischen Verfolgung von politischen Gegnern über.³

Die Gestapo war dabei nie an Recht oder Gesetz gebunden. Sie erhielt nahezu unbegrenzte Kompetenzen durch den Auftrag Hitlers. Ihre brutalen Methoden, wie körperliche Misshandlung, Folter, die Einweisung in ein KZ oder Hinrichtungen, fanden in einem rechtsfreien Raum statt. Sie korrigierte Strafen, die sie als zu milde empfand und verfügte Festnahmen und KZ-Einweisungen.⁴ Aus Württemberg und Hohenzollern wurden zwischen 5.000 bis 7.000 Menschen mehr oder weniger lang inhaftiert. Ca. 200-300 Männer und Frauen wurden von der Gestapo oder im KZ umgebracht.⁵

Der Nagolder NSDAP-Landtagsabgeordnete Philipp Bätzner wurde im März 1933 zum Polizeiunterkommissar für die Oberämter Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg ernannt und hatte so polizeiliche Gewalt, die er mit Hilfe der SA und SS gegenüber politischen Gegnern durchsetzen konnte.⁶ Auch regional waren die Kommunisten die größte politische Gruppe die von den Nationalsozialisten verfolgt wurde.

Auswirkungen der Machtergreifung auf die politischen Gegner im Nagoldtal

Auf einer Kundgebung auf dem Altensteiger Marktplatz am 17. März 1933 drohte der Nagolder Reichstagsabgeordnete Dr. Eugen Stähle laut einem Zeitungsbericht den Kommunisten: „Zehn Jahre sei es her, dass die Nationalsozialisten verfolgt und verlacht ihren Weg gehen mussten, und vor einem Jahr noch sei es möglich gewesen, dass die KPD eine Mordliste für den

Bezirk aufgestellt hätte, an deren erster Stelle er gestanden habe. Aber mit diesem Spuk sei es nun zu Ende. Aber auch mit denen, die immer mit der KPD liebäugeln. Die Nationalsozialisten ließen sich künftig keinen Stein mehr in den Weg werfen. Es müsse gesäubert werden, auch bei den kleinen Geistern in den Amtsstuben und Schulen, die sich auf ihre Beamtenstellung berufen. Sie werden vor die Wahl gestellt werden dem Volk zu dienen oder aber abzutreten.“⁷

In Altensteig wurden am 25. März 1933 drei Kommunisten, darunter die beiden Stadträte Gottlieb Hennefarth⁸ und Friedrich Bader⁹ und der Silberarbeiter Friedrich Hennefarth, verhaftet und in das KZ Heuberg eingeliefert.¹⁰

Im Juni 1933 entdeckte die Polizei eine Versammlung von rund 80 Kommunisten im Wald bei Berneck, die als Fahrradausflug in den Wald getarnt worden war.¹¹

Am 28. Juli 1933 wurden in Altensteig Friedrich Hennefarth, Karl Dürrschnabel, Friedrich Steininger¹² und Hans Bauer wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen.¹³

Am 18. März 1933 wurde das Eigentum des Arbeitergesangsvereins „Frohsinn“ beschlagnahmt. Kurze Zeit später, am 3. April 1933, löste die SA die Generalversammlung des Vereins auf. Zwischen März und Dezember 1933 wurden 19 linksorientierte Gegner der Nationalsozialisten verhaftet.¹⁴

Aus Altensteig und Umgebung kamen für kürzere oder längere Zeit sechs Personen ins Gefängnis oder in Schutzhaft (siehe Seite 147).¹⁵

Auch in den Altensteiger Gemeinderatsprotokollen wurden die politischen Umwälzungen deutlich. In der Gemeinderatssitzung vom 15. März 1933 diskutierte z.B. Gottlieb Hennefarth noch über die Vorwürfe, die von den Nationalsozialisten gegen Bürgermeister Pfizenmaier vorgebracht wurden. Im Protokoll der nächsten Sit-

Name	Geburtsdatum	Wohnort	Haftgrund
Alfred Martin	29.12.1908	Altensteig	Mitgliedschaft KPD
Gottlieb Hennefarth	16.04.1897	Altensteig	Mitgliedschaft KPD
Friedrich Bader	18.06.1899	Altensteig	Widerst. Gegen NSDAP
Frieder Hennefarth	12.09.1894	Altensteig	Widerst. Gegen NSDAP
Wilhelm Rähle	132.06.1906	Nagold	Vorbereitung zum Hochverrat
Karl Schöttle	12.07.1896	Ebhausen	Vorbereitung zum Hochverrat

Die sechs Personen, die in Schutzhaft oder ins Gefängnis kamen.

zung am 30. März 1933 wurde vermerkt: „Ortsabwesend: Hennefarth und Bader“. ¹⁶ Nach der Ankündigung von Dr. Eugen Stähle bei der Kundgebung auf dem Altensteiger Markplatz wusste jeder der Gemeinderäte, dass „ortsabwesend“ die „Schutzhaft“ im KZ Heuberg bedeutete. So wurde Ende März 1933 die Sitzung des Gemeinderats mit der Schlussfolgerung begonnen: „Die heutige Sitzung wurde mit Einleitungsworten des Vorsitzenden eröffnet, der ausführte, dass sich in diesem Monat staats- und gemeindepolitische Umwälzungen von großer Tragweite vollzogen hätten.“ ¹⁷

Die Verfolgung politischer Gegner in der „nationalen Erhebung“

Was bekam der normale Bürger von der „nationalsozialistischen Revolution“ im Alltag mit?

Wie haben die Menschen die Veränderungen in den ersten Monaten nach Hitlers Machtergreifung im Januar 1933 im Nagoldtal wahrgenommen? Wie wurde über die Ausgrenzung und Verfolgung der politischen Gegner berichtet? Um diese Fragen zu beantworten, haben wir die lokale Tageszeitung „Der Gesellschafter“ aus Nagold und die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ aus Altensteig untersucht. Vier Tage nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 schrieb der Gesellschafter, dass vom Rathaus in Iselshausen eine Hitlerfahne wehe, was die Gesinnung von 80 % der örtlichen Bevölkerung, die Hitler gewählt hatten, deutlich mache. In Emmingen war am Pfarrhaus am gleichen Tag ein Hakenkreuzbanner aufgezogen worden, als Huldigung an den Reichskanzler. ¹⁸ Einen Tag später gab der Nagolder Bürgermeister Hermann Maier seiner großen Freude Ausdruck, dass die Stadt Nagold nun mit Dr. Stähle einen



Das alte Rathaus in Altensteig

neuen Reichstagsabgeordneten habe.¹⁹ Weitere fünf Tage später drohte Maier mit „Schutzhaft“ für diejenigen, die die Flagge des männlichen Arbeitsdienstlagers beschädigt hatten und mit Gerüchten und Drohungen andere einschüchterten.²⁰ Am Samstag den 18. März wurde zum ersten Mal davon berichtet, wie die Polizei die Häuser von Mitgliedern der Nagolder KPD und SPD durchsucht hatte. Es wurden dabei verbotene Drucksachen, Waffen und Geräte des Rotsportvereins beschlagnahmt. Allerdings wurde niemand verhaftet.²¹

Ende März kritisierte der Gesellschafter, dass im Ausland die „unmöglichsten Gräueltaten“ aufgetischt würden, „die im nationalen Deutschland gegen Juden an der Tagesordnung seien.“²² Nach der Ankündigung des Boykotts gegen jüdische Geschäfte am 1. April 1933 schloss der Artikel mit den Worten: „Wir sind mit den marxistischen Hetzern in Deutschland fertig geworden; sie werden uns nicht in die Knie beugen [...] Nationalsozialisten! Samstag, Schlag 10 Uhr, wird das Judentum wissen, wem es den Kampf angesagt hat. NSDAP.“²³ Einen Tag später wurde über den Besuch des amerikanischen Generalkonsuls am 30. März 1933 im Konzentrationslager Heuberg berichtet. Der Besuch sollte dazu dienen, die im Ausland verbreiteten Gräuelnachrichten über Misshandlung der Häftlinge als Lügen zu widerlegen. In dem KZ befanden sich 2.000 Schutzhäftlinge, die alle aus Württemberg kamen. Es sollte, so der Bericht im Gesellschafter, weiter ausgebaut werden, so dass bis zu 4.000 Häftlinge untergebracht werden könnten.²⁴

Abschaffung der demokratischen Strukturen

Den kommunistischen und sozialdemokratischen Berichterstatern an Gerichten, oder denen, die jüdischer Abstammung waren, wurde der Zutritt zum Kriminalgerichtsgebäude in Berlin verweigert.²⁵ Über den Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 wurde in Nagold nichts berichtet. Aktionen der NSDAP gegen

jüdische Geschäfte fanden in Calw und Schömberg statt.²⁶

Während einer Versammlung der NSDAP Anfang April meinte Dr. Stähle, dass man Juden nicht das Recht geben dürfe, Ärzte, Rechtsanwälte oder Wissenschaftler zu werden. Der Landtagsabgeordnete Philipp Bätzner sagte: „Soviel sei heute schon sicher, dass alle Parlamente im Reich, Land und in den Gemeinden eine untergeordnete Rolle spielen werden und zum Beispiel auch der Bürgermeister in seinem Reich ein kleiner Diktator sei. Der Bürgermeister wird nicht mehr von der Gemeinde gewählt, sondern vom Ministerium ernannt.“²⁷

Dieser Ankündigung folgte gut zweieinhalb Wochen später die Umsetzung. In der Schwarzwälder Tageszeitung hieß es zwar, dass neben dem „Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot“ und dem „Christlich-Sozialen Volksdienst“ der SPD ein Sitz zustehen namentlich aufgeführt wurde von der SPD jedoch niemand.²⁸

Konkreter ist das Altensteiger Gemeinderatsprotokoll, das die Auflösung des bisherigen, noch von der Bevölkerung gewählten Gemeinderats bekannt gab und die Bildung des neuen mitteilte, „mit dem Ergebnis, dass als gewählt zu betrachten sind“: Darauf folgen die Mitglieder des neuen Gemeinderats, der sich aus NSDAP-Mitgliedern und jeweils einem Vertreter des „Kampfbunds Schwarz-Weiß-Rot“ und des „Christlich-Sozialen Volksdienstes“ zusammensetzte.²⁹

Beseitigung demokratischer Parteien und Gewerkschaften

Einen Tag nach dem 1. Mai, der 1933 von den Nationalsozialisten als Feiertag eingeführt wurde, wurden Gewerkschaftshäuser, Wirtschaftsorganisationen und Arbeiterbanken der freien Gewerkschafts-Verbände besetzt. Viele Führer, Vorstände oder auch Schriftsetzer der Gewerkschaftszeitschriften wurden verhaftet. Das Ziel,



Der Festzug zur Einführung des 1. Mai-Feiertags 1933 in Nagold



Marktbrunnen und Marktplatz

so die Reichsregierung, sei die „Gleichschaltung der freien Gewerkschaften.“³⁰ Drei Tage später wurde berichtet, dass die Polizeibehörden ganz besonders der Bekämpfung der Nacktkulturbewegung ihr Augenmerk schenken, mit dem Ziel ihrer vollständigen Ausrottung.³¹

Am 11. Mai 1933 wurde vom Gesellschafter gemeldet, dass das gesamte Vermögen der SPD und ihrer Zeitungen nach einer Anordnung des Generalstaatsanwalt beschlagnahmt werde. Im Juni 1933 kam das Betätigungsverbot für die SPD: „Vorgänge der letzten Zeit haben den unumstößlichen Beweis dafür geliefert, dass die deutsche Sozialdemokratie vor volks- und landesverräterischen Unternehmen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung nicht zurückschreckt [...]. Die Sozialdemokratische Partei Deutschland [ist] nun als eine staats- und volksfeindliche Partei anzusehen. [...] Insbesondere sollen die gesamten Mitglieder der SPD die heute noch den Gemeindevertretungen und

Volksvertretungen angehören, von der weiteren Ausübung ihrer Mandate sofort ausgeschlossen werden.“³² Drei Tage zuvor war der frühere württembergische Staatspräsident Dr. Eugen Bolz (Zentrum) wegen der Rede, die er auf einem christlich-sozialen Parteitag gehalten hatte, einer Vernehmung im Stuttgarter Polizeipräsidium unterzogen worden. Während der Vernehmung riefen Menschen vor dem Gebäude: „Heraus mit Bolz, nieder mit dem Landesverräter, hängt ihn auf“. Als Bolz das Polizeipräsidium verließ, sei er von SA und SS vor den wütenden Demonstranten, die mit allerlei Gegenständen warfen, beschützt worden und „auf eigenen Wunsch“, so die Zeitung, in die „Schutzhaft“ auf den Hohenasperg gebracht worden.³³

Ende der Presse- und Wahlfreiheit

Am 30. Juni 1933 standen auf der Titelseite des Gesellschafters nun die Worte „Nationalsozialis-

tische Tageszeitung“. Die Berichterstattung war schon in den Wochen zuvor eindeutig nationalsozialistisch ausgerichtet gewesen; nun war der Gesellschafter auch formal eine nationalsozialistische Zeitung. Unter der Überschrift „Was ist Gleichschaltung?“ fanden die Leser folgende Antwort:

„Gleich sein, eines Sinnes sein, sich einordnen in den einen Willen unseres Führers, das ist der Grundgedanke, der dieses markante Schlagwort prägt. Das Parteiwesen oder -unwesen, die Wirtschaft, das Vereinsleben sind gleichgeschaltet, ihnen ist die gesamte württembergische Presse, voran der württembergische Zeitungverleger-Verein gefolgt, aus freiem Entschluss, in Erkenntnis dessen, dass da mit Halbheiten nicht gedient ist. Und so reiht sich im 107. Jahre seines Bestehens der Gesellschafter in die vorwärts und aufwärts marschierende Kolonne einer großen Zeit willig ein und zeigt sich heute erstmals seiner treuen Leserschaft in neuer Aufmachung, als für Nagold und seinen Oberamtsbezirk parteipolitisch anerkanntes Organ der nationalsozialistischen deutschen Arbeitspartei und alleiniges Amtsblatt für dieses Gebiet.“³⁴

Das war das Ende der Pressefreiheit im Oberen Nagoldtal. Im Juli 1933 wurde das neue Ortsvorstehergesetz in Württemberg eingeführt, das bestimmte, dass die Ortsvorsteher, die seit dem 20. Juli 1933 im Amt waren, ihre Stelle auf Lebenszeit ausüben sollten. Außer wenn die Ortsvorsteher gegenüber der Aufsichtsbehörde schriftlich ihren Verzicht erklärten oder ihres Dienstes enthoben würden.³⁵ Einen Tag später wurde das Ende der Zentrumspartei kommentiert: „Die politische Umwälzung hat das deutsche Staatsleben auf eine völlig neue Lage gestellt, die für eine bis vor kurzem mögliche parteipolitische Betätigung keinen Raum mehr lässt. Die Deutsche Zentrumspartei löst sich daher im Einvernehmen mit dem Reichskanzler Adolf Hitler mit sofortiger Wirkung auf.“³⁶ Ende des Monats wurden alle Jugendorganisationen, die nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun hatten verboten.³⁷

Über die „Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches“, das die Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten zusammenlegte, war einen Tag später im Gesellschafter zu lesen, dass auf Nagold Verlass sei. Die Stadt bleibe dem Führer und der deutschen Volksgemeinschaft treu. 98,3 Prozent abgegebene Stimmen, davon 96,8 Prozent Zustimmung, sei ein Ergebnis, das sich sehen lassen könne.³⁸ Mit dem Ende der Wahlfreiheit, kam auch das Ende der Rechtssicherheit. Im deutschen Strafrecht galt der Satz: „nullum crimen, nulla poena sine lege“, kein Urteil, keine Strafe ohne Gesetz. Nach der Meinung des Reichsleiters und Reichsministers Dr. Hans Frank sei dieser Satz als einer der ersten mit der nationalsozialistischen Revolution vernichtet worden.³⁹

Das demonstrative Zeigen der nationalsozialistischen Überzeugung im Alltag

Im Juli 1933 wurde der Hitlergruß zum „deutschen Gruß“. „Wer nicht in Verdacht kommen will, sich bewusst abzulehnen, muss daher den Hitlergruß erweisen.“⁴⁰ Schon im Mai 1933 wurde ein früherer Bankangestellter, der den Hitlergruß verweigerte, vom Karlsruher Amtsgericht zu zwei Tagen Haft verurteilt. Die Hand zu heben „sei eine nationale Selbstverständlichkeit geworden.“⁴¹ Der „Deutsche Gruß“ wurde immer wieder thematisiert. So auch im Februar 1934, als die Schüler, wenn der Lehrer die Klasse betrat, nicht mehr „Guten Morgen“ sondern „Heil Hitler“ zu sagen und dazu die Hand zu erheben hatten. Im Religionsunterricht wurde bisher immer am Anfang und am Ende der Stunde „Gelobt sei Jesus Christus in Ewigkeit Amen“ gemeinsam gesprochen. Stattdessen hatten die Schüler nun am Beginn und am Ende der Stunde mit „Heil Hitler“ zu grüßen.⁴² Vor der Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund am 12. November 1933 riefen die Nagolder Abgeordneten Dr. Eugen Stähle und Philipp Bätzner die Bevölkerung in und um Nagold in einem Appell „Woran erkennt man einen Wähler?“ auf,

am Wahlsonntag eine kleine Plakette anzustechen um zu zeigen, dass man für Hitler gestimmt hatte. Wenn man, so Bätzner und Stähle, Leute sehe, die ohne diese Plakette herumlaufen, seien das pflichtvergessene, „außerhalb der Volksgemeinschaft stehende Zeitgenossen.“⁴³

Der Fahnenstreit von Altensteig

Zum Konflikt mit den Nationalsozialisten kam es, als der Altensteiger Bürgermeister Wilhelm Pfizenmaier nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 sich weigerte, neben der schwarz-weiß-roten Reichsfahne die Hakenkreuzfahne zu hissen. Pfizenmaier, der am 26. Mai 1890 in Sulzbach an der Murr geboren wurde, durchlief nach der Mittleren Reife die Laufbahn zum gehobenen Verwaltungsdienst. Im Herbst 1916 wurde er zum Ortsvorsteher in Oberfischbach im Oberamt Schwäbisch Hall gewählt. Im Ersten Weltkrieg wurde er für ein Jahr zum

Kriegsdienst eingezogen. 1919 wurde ihm die Stadtpflegerstelle in Altensteig übertragen, wo man ihn am 8. August 1926 zum Ortsvorsteher wählte. Pfizenmaier war verheiratet und hatte einen Sohn und eine Tochter.⁴⁴ Als die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht übernahmen war er schon sechseinhalb Jahre im Amt.

Die Weigerung, die Hakenkreuzfahne zu hissen, hatte für ihn weitgehende Konsequenzen. Am 10. März 1933 schrieb die Schwarzwälder Tageszeitung unter der Überschrift „Die Fahnen des erwachten Deutschlands grüßen Altensteig“:

„Man schreibt uns: Wie in vielen Orten und Städten im deutschen Lande in den letzten Tagen fand es die Führung der NSDAP und des Stahlhelm für notwendig, die Wendung im politischen Leben auch äußerlich zu dokumentieren durch Hiszen der Fahne Schwarz-Weiß-Rot und der Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus.



Ansicht von Altensteig aus den 1920er Jahren

Bei einer Besprechung auf dem Rathaus mit dem Herrn Bürgermeister ‚beugte sich dieser der Macht‘, wie es in den Zeitungen so schön heißt, und so konnten mittags um 1 Uhr die beiden Fahnen auf dem Rathaus von einer Abordnung der SA angebracht werden. Böllerschüsse vom gegenüberliegenden Hellesberg und das Trompetensolo des Deutschlandlieds und des Horst Wessel-Lieds machten auf den Vorgang aufmerksam und viele freudige Blicke grüßten die neuen deutschen Symbole.⁴⁵

In der gleichen Ausgabe berichtete die Zeitung, dass in Nagold der Vorsitzende des Gemeinderats „mit den Beteiligten übereingekommen sei, die Hakenkreuzfahne und die Fahne Schwarz-Weiß-Rot auf zwei Tage auf dem Rathaus zu hissen zum Zeichen dafür, dass eine neue Zeit angebrochen sei und dass die Stadt hinter der nationalen Regierung stehe.“⁴⁶ Pfizenmaier meinte am 15. März 1933 vor dem Gemeinderat, dass er nach der Veröffentlichung der Verordnung von Reichspräsident Hindenburg die Anweisung gegeben habe, beide Flaggen zu hissen. Auf Anfrage bei der NSDAP sei eine Hakenkreuzfahne aber nicht mehr zu Verfügung gestanden. Damit es nicht mehr zu solchen Zwischenfällen komme, habe er jetzt mehrere Hakenkreuzflaggen angeschafft. Daraufhin kam es zum offenen Zusammenstoß zwischen NS-Fraktionschef Friedrich Kalmbach, der Pfizenmaier zum Rücktritt zwingen wollte, und dem Bürgermeister. Der Gemeinderat konnte sich in der Beratung ohne Pfizenmaier nicht auf dessen Absetzung einigen und wollte die Entscheidung von höheren Stellen, die mit dem Vorfall betraut wurden, abwarten.⁴⁷

Machtdemonstration der NSDAP und der „Tag von Potsdam“

Der Streit verschärfte sich, als die NSDAP zwei Tage später, am 17. März 1933, die oben erwähnte Kundgebung auf dem Altensteiger Marktplatz veranstaltete. NSDAP-Ortgruppenleiter Steeb sagte: „Altensteig ist seit heute

nationalsozialistisch und wenn ein Herr Hennefarth ihnen die obere Stadt verbiete, so rufe er ihm entgegen, dass diese Zeiten vorbei seien, und sollte das nicht genügen, so könne er auf Weiterempfehlung rechnen und dann im Konzentrationslager über manches nachdenken.“⁴⁸

Dieser Drohung gegen den kommunistischen Gemeinderat folgte eine Woche später die Umsetzung. In der Schwarzwälder Tageszeitung war zu lesen: „Heute morgen wurden die kommunistischen Stadträte Hennefarth und Bader von Landjägern verhaftet und in das Amtsgerichtsgebäude nach Nagold überführt. Später fand noch die Verhaftung des Silberarbeiters Friedrich Hennefarth statt.“⁴⁹ Nach einer Rede von Dr. Eugen Stähle und dem Singen des Deutschlandliedes ergriff Steeb noch einmal das Wort und appellierte an alle, die noch fern stünden „sich einzureihen und mitzukämpfen in der natürlichen Front“. Er richtete dann noch heftige Angriffe gegen Bürgermeister Pfizenmaier und betonte, dass sie Schritte einleiten würden mit dem Ziel seiner Absetzung.⁵⁰ Es wundert nicht, dass Pfizenmaier sich nicht am 21. März 1933 an den Feiern zum „Tag von Potsdam“, den die Nationalsozialisten initiierten und der als arbeitsfreier Nationalfeiertag begangen wurde, beteiligte. In Nagold dagegen nahm Bürgermeister Maier als Redner teil.⁵¹

Die Absetzung des Bürgermeisters durch die NSDAP

Die Antwort auf den schwelenden Konflikt zwischen Gemeinderat und Bürgermeister teilte Hitlers Reichsstatthalter Wilhelm Murr in einem Schreiben vom 23. März 1933 an das Bürgermeisterramt Altensteig mit: „Die Entwicklung der Zeitverhältnisse zwingt mich, die Verwaltung der Stadt Altensteig kommissarisch in die eigene Hand zu nehmen. Ich beurlaube daher den Herrn Bürgermeister Pfizenmaier bis auf weiteres und berufe als Staatskommissar zu seinem Stellvertreter Herrn Sparkassendirektor Walz in Altensteig.“⁵²

Altensteig, 26. März. Nach einem Erlaß des Innenministeriums hat die Entwicklung der Zeitverhältnisse dazu geführt, daß Bürgermeister Pfizenmaier bis auf weiteres beurlaubt wurde. Als kommissarischer Stellvertreter wurde Sparkassendirektor Walz ernannt, der die Stelle ehrenamtlich vertritt. Die kommunistischen Stadträte Hennefarth und Bader wurden von Landjägern abgeführt. Später fand noch die Verhaftung des Silberarbeiters Friedrich Hennefarth statt. — Nach einem Telegramm des Reichstagsabgeordneten Dr. Stähle aus Berlin sind die Mittel zum Straßenbau Nagold—Altensteig genehmigt worden.

„Calwer Tagblatt“ vom
27.3.1933

In der Gemeinderatssitzung am 30. März 1933 führte der kommissarische Bürgermeister Walz aus, „dass sich in den vergangenen Wochen staats- und gemeindepolitische Umwälzungen von großer Tragweite vollzogen“ hätten. Was die staatspolitische Seite anbelangt, „so konnte er mit einmütiger Zustimmung feststellen, dass sowohl die städtischen Beamten als auch der Gemeinderat sich mit beiden Füßen auf den Boden der neu geschaffenen Lage stellen.“ Auf die Beurlaubung von Bürgermeister Pfizenmaier bezogen meinte er, „dass in letzter Zeit durch politische Vorkommnisse und durch stärkeres Hervortreten der bestehenden dienstlichen Vertrauenskrise eine Atmosphäre sich gebildet habe, die auf irgendeine Art zur Explosion kommen musste. Die Übernahme der Stellvertretung bedeutete für ihn ein großes persönliches Opfer. Eine objektive, unvoreingenommene Klarstellung werde nun folgen.“⁵³ Pfizenmaier wurde nicht wie andere politische Gegner in Schutzhaft genommen und in ein Konzentrationslager eingewiesen.

In der Sitzung vom 4. Mai 1933 wurde die Auflösung und Neuformierung des Gemeinderats bekannt gegeben, die durch das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 und dem Gesetz des Staatsministeriums vom 12. April 1933 legitimiert wurde.⁵⁴ In der Gemeinderatssitzung am 24. Juli 1933 lagen für die Wahl des Stadtvorstandes 40 Bewerbungen vor. Die Fraktion der nationalsozialistischen Stadträte beschloss, nur einen Bewerber zuzulassen: den Stadtrat und Verwal-

tungsaktuar Christian Kalmbach. Dieser wurde zum Ortsvorsteher von Altensteig gewählt.⁵⁵

Der berufliche Wiedereinstieg Pfizenmaiers

Nun blieben aber die Kosten für die Zwangsbeurlaubung an der Altensteiger Stadtkasse hängen. Im Herbst 1933 beschwerte sich Pfizenmaiers Nachfolger Christian Kalmbach vor dem Gemeinderat, dass der beurlaubte Vorgänger sich angeblich nicht um eine neue Stelle kümmern würde. Einstimmig wurde der Beschluss gefasst, die Bezüge von Pfizenmaier ab dem 1. September 1933 auf zwei Drittel zu kürzen.⁵⁶ Im Dezember wurde Pfizenmaier endgültig in den Ruhestand versetzt, auf Grund § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.⁵⁷

Pfizenmaier bewarb sich auf Drängen seines Nachfolgers auf die Rechnungsprüfbeamtenstelle in Kirchheim/Teck, die er am 30. April 1934 antrat. Der Kirchheimer Bürgermeister ernannte ihn am 30. November 1938 zum Beamten auf Lebenszeit.

Die Durchsetzung der NS-Herrschaft im Kreis Nagold, der mit die höchste Wahlbeteiligung für die NSDAP in der Märzwahl 1933 in Württemberg aufwies, verlief zielgerichtet und zügig. Wer immer auch den Nationalsozialisten im Wege stand, bekam deren brachiale Methoden zur Durchsetzung ihrer Macht am eigenen Leib zu spüren. Pfizenmaier kam mit einem

- 1004/093; Stadtarchiv Altensteig (StAA), Personenregisterkarte.
- 10 Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 25.03.1933.
- 11 „Informationen“, Studienkreis Deutscher Widerstand, Jg. 1991, S. 10 und Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 25.03.1933.
- 12 StAS Wü 13 T 2 Nr. 1107/161.
- 13 Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 28.07.1933.
- 14 „Informationen“, Studienkreis Deutscher Widerstand, Jg. 1991, S. 14
- 15 Kreisarchiv Calw, B1 Bü 8.
- 16 StAA 022.3-11, Gemeinderatsprotokoll, wie Anm. 47: 15. März 1933 bzw. 30. März 1933.
- 17 StAA 022.3-11, Gemeinderatsprotokoll 30.03.1933.
- 18 Der Gesellschafter vom 9.03.1933.
- 19 Der Gesellschafter vom 10.03.1933.
- 20 Der Gesellschafter vom 15.03.1933.
- 21 Der Gesellschafter vom 18.03.1933.
- 22 Der Gesellschafter vom 27.03.1933.
- 23 Der Gesellschafter vom 30.03.1933.
- 24 Der Gesellschafter vom 31.03.1933.
- 25 Der Gesellschafter vom 1.04.1933.
- 26 Vgl. Gabriel Stängle u. a.: „Wir waren froh, als es vorbei war.“ Die Ausgrenzung und Verfolgung von Juden im Kreis Calw zwischen 1933-1945, Horb 2017, S. 18.
- 27 Der Gesellschafter vom 10.04.1933.
- 28 Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 25.04.1933.
- 29 StAA 022.3-11, Gemeinderatsprotokoll vom 4. Mai 1933.
- 30 Der Gesellschafter vom 3.05.1933.
- 31 Der Gesellschafter vom 6.05.1933.
- 32 Der Gesellschafter vom 23.06.1933.
- 33 Der Gesellschafter vom 20.06.1933.
- 34 Der Gesellschafter vom 30.06.1933.
- 35 Der Gesellschafter vom 6.07.1933.
- 36 Der Gesellschafter vom 7.07.1933.
- 37 Der Gesellschafter vom 31.07.1933.
- 38 Der Gesellschafter vom 20.08.1934.
- 39 Der Gesellschafter vom 8.07.1935.
- 40 Der Gesellschafter vom 17.07.1933.
- 41 Der Gesellschafter vom 23.05.1933.
- 42 Der Gesellschafter vom 5.02.1934.
- 43 Der Gesellschafter vom 11.11.1933.
- 44 Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL) EL 350 I Bü 9571.
- 45 Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 10.03.1933.
- 46 Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 10.03.1933.
- 47 StAA 022.3-11, Gemeinderatsprotokoll vom 15. März 1933.
- 48 Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 18.03.1933.
- 49 Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 25.03.1933.
- 50 Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 18.03.1933.
- 51 Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 22.03.1933 und Paul Dallinger: Im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Dritten Reich – immer derselbe Bürgermeister: Hermann Maier, in: Klaus Horn/Utz Jeggle (Hrsg.): Verblasende Erinnerungen. Nagold und seine Landschaft im Schatten des Hakenkreuzes. Ein Lesebuch, Stuttgart 2002, S. 26-27.
- 52 StAL EL 350 I Bü 9571.
- 53 Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 1.04.1933 und StAA 022.3-11, Gemeinderatsprotokoll vom 30. März 1933.
- 54 StAA 022.3-11, Gemeinderatsprotokoll vom 4. Mai 1933.
- 55 StAA 022.3-11, Gemeinderatsprotokoll vom 24. Juli 1933.
- 56 StAA 022.3-11, Gemeinderatsprotokoll vom 30. August 1933.
- 57 Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 15.12.1933.
- 58 StAL EL 76 Bü 4698.
- 59 Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 15.12.1933.
- 60 StAL EL 902/20 Bü 475 und EL 76 Bü 7711.

Bildnachweis

Alle Bilder: Kreisarchiv Calw S 9 und Stadtarchiv Altensteig
S. 149 oben und unten: Horn/Jeggle 2002: 22 und 23



Ansicht von Bad Teinach, aufgenommen vom Ortseingang aus Richtung „Station Teinach“ kommend. Im Hintergrund ist das Badhotel zu sehen.



Diese Aufnahme zeigt im Hintergrund das Bad-Hotel und auf der rechten Seite das Hotel Hirsch. Die Aufnahme entstand auf der Zufahrt zum Bad-Hotel in Höhe der Kirche.



Ansicht von Calw, aus Richtung des heutigen Bahnhofs. In der Bildmitte ist die Zufahrt zum Marktplatz und die weiterführende Salzgasse gut zu erkennen. Am linken Bildrand ist die Nikolausbrücke mit Kapelle zu sehen.